

## Information über Kontakte "kirchlich-negativer Kreise" zur jüdischen Gemeinde

Noch bis 1953 gab es in der DDR antijüdische Tendenzen. Das änderte sich bis spätestens Anfang der 80er Jahre. Das SED-Regime wollte nun die Sympathien von Menschen jüdischen Glaubens im In- und Ausland gewinnen. Dafür griff die Regierung sogar in Bauprojekte ein.

Ab Mitte der 80er entwickelte die DDR-Führung ein zunehmendes Interesse an ihren jüdischen Bürgerinnen und Bürgern. Grund dafür waren handfeste wirtschaftliche Interessen. Das SED-Regime wollte jüdische Lobbyisten in den Vereinigten Staaten als Fürsprecher für sich gewinnen, um sich Vorteile im Außenhandel zu verschaffen. Die neue Akzentuierung zeigte sich auch im Alltag des Arbeiter- und Bauernstaates: Ab 1985 wurden jüdische Widerstandskämpfer und Opfer geehrt.

Ein weiteres Beispiel für den veränderten Kurs gegenüber den Bürgern jüdischen Glaubens stellte der direkte Eingriff in die Berliner Verkehrsplanung zu Gunsten des Erhalts des jüdischen Friedhof an der Herbert-Baum-Straße in Berlin-Weißensee dar. Wie in diesem Dokument ersichtlich, berichtete die Stasi im März 1983 von ersten Protesten gegen den Abriss des Friedhofs. 1986 ordnete die SED-Führung den Baustopp an und gewann so das Wohlwollen des Vorsitzenden der jüdischen Gemeinde in der Bundesrepublik, Heinz Galinski. Johannes Hildebrandt

**Signatur:** BArch, MfS, HA XX/4, Nr. 699, Bl. 20

### Metadaten

Diensteinheit: Hauptabteilung XX, Urheber: MfS  
Abteilung 4 Datum: 9.3.1983  
Rechte: BStU Zustand: Mechanische Schäden

Information über Kontakte "kirchlich-negativer Kreise" zur jüdischen Gemeinde

Hauptabteilung XVIII

BStU  
000020

xx/4/1983  
xx/1983/K/0025103

Berlin, den 9. 3. 1983  
MAK6/1.1622/83

Nr. 30 /83

gef. 6 Exemplare  
1. Exemplar

Information

über kirchlich-negative Kreise

*xx/14* *sp/He*  
*Ges.*

Durch eine zuverlässige Quelle wurde bekannt:

Der Pfarrer der Sophiengemeinde Berlin-Mitte, Hildebrandt, leitet seit längerer Zeit einen speziellen Arbeitskreis über jüdische Geschichte und Entwicklung des Zionismus. Im Zusammenhang mit der Leitung des Arbeitskreises unterhält Hildebrandt enge Verbindung zum Vorstand der Jüdischen Gemeinde Berlin.

Gegenüber der Quelle äußerte sich Hildebrandt entrüstet über die Absicht von "offiziellen Stellen" mitten durch den jüdischen Friedhof in Weissensee eine 6-spurige Straße zu bauen. Mit dem Argument, daß es sich um den größten jüdischen Friedhof Europas handelt, der unbedingt erhalten bleiben muß, habe sich Hildebrandt an den stellvertretenden Bürgermeister von Berlin-Weissensee, Hofmann, gewandt. Von Hofmann habe Hildebrandt eine abschlägige Antwort bekommen. Nach Meinung von Hildebrandt müsse man die Jüdische Gemeinde aufgrund ihrer zahlenmäßig schwachen Mitglieder aktiv unterstützen.

Hildebrandt vertrat die Auffassung, daß gerade die Deutschen an den Juden viel gutzumachen hätten und es dürfe kein Preis zu hoch sein, den jüdischen Friedhof in Weissensee in seiner jetzigen Form zu erhalten.

Hildebrandt äußerte, nichts unversucht zu lassen, um den Bau einer Umgehungsstraße durchzusetzen.

Die Äußerungen Hildebrandts wurden von der Quelle so verstanden, daß Hildebrandt im Rahmen seiner Gemeinde und seines Arbeitskreises Mitglieder zu aktivieren versucht, um dann mit geeigneten Eingaben bei den zuständigen staatlichen Stellen vorstellig zu werden.

Nach Auskunft der KD Weissensee ist tatsächlich eine Verlängerung der Artur-Becker-Straße in Richtung Weissensee geplant, die dieses Gebiet tangieren würde. Inwieweit hierzu bereits Abstimmungen mit der Jüdischen Gemeinde erfolgt sind, ist jedoch nicht bekannt.

Signatur: BArch, MfS, HA XX/4, Nr. 699, Bl. 20

Blatt 20